

Statistischer Bericht

KI-j/04

Bedarfsorientierte Grundsicherung
im Alter und bei Erwerbsminderung
in Thüringen
2004

Bestell - Nr. 10 108

Thüringer Landesamt für Statistik



Herausgeber:
Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt

Telefon: 0361 37-84642/84647
Telefax: 0361 37-84699
Internet: <http://www.tls.thueringen.de>
E-Mail: auskunft@tls.thueringen.de

Auskunft erteilt:
Referat: Bildung, Kultur,
Gesundheits- und Sozialwesen
Telefon: 0361 37-734517

Herausgegeben im August 2005

Heft-Nr.: 211 / 05
Preis: 2,50 EUR

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen	2
1. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12. der Jahre 2003 und 2004 nach ausgewählten Merkmalen	3
2. Ausgaben und Einnahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung 2003 und 2004	4
3. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach Geschlecht, Unterbringungsart und Altersgruppen	4
4. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach Geschlecht und Ursache der Leistungsgewährung	5
5. Durchschnittliche monatliche Zahlbeträge an Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach Geschlecht und Art der Zahlbeträge	6
6. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach ausgewählten Merkmalen und Kreisen	7

Vorbemerkungen

Rechtsgrundlage

§ 8 des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310, 1335), zuletzt geändert durch Artikel 1 Buchstabe a des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1462) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534).

Methodische Hinweise

Das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist ein neues Sozialleistungsgesetz. Es trat zum 01.01.2003 in Kraft und wurde mit Wirkung vom 01.01.2005 in das neue Sozialgesetzbuch (SGB XII) überführt. Bei dieser Sozialleistung handelt es sich um eine eigenständige, bedürftigkeitsabhängige Leistung, die älteren bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts dienen soll. In den Bereich des GSiG fallen zum einen Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und zum anderen volljährige Personen, die im Sinne des § 43 Abs. 2 des Sechsten Buches SGB dauerhaft voll erwerbsgemindert sind. Dieser Personenkreis erhält bei Bedürftigkeit ab 01.01.2003 keine Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) mehr, sondern Leistungen nach dem GSiG.

Summendifferenzen sind rundungsbedingt.

Begriffserläuterungen

Bruttobedarf

Der Bruttobedarf eines Leistungsempfängers ist die Gesamtsumme folgender Beträge:

- Regelsatz
- 15 Prozent vom Regelsatz eines Haushaltsvorstandes
- Unterkunft/Heizung
- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Mehrbedarfzuschlag

Nettoanspruch

Der Nettoanspruch ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Bruttobedarf und dem angerechneten Einkommen.

Mehrbedarfzuschlag

Ein Mehrbedarf wird dann gewährt, wenn der Empfänger einen Ausweis für schwer behinderte Menschen nach § 69 Abs. 5 des Neunten Buches SGB mit dem Merkzeichen "G" bzw. "aG" besitzt. Sofern dies der Fall ist, beträgt die Höhe des Mehrbedarfes 20 Prozent vom Regelsatz des Empfängers.

Regelsatz

Es ist der für den Antragsteller maßgebliche Regelsatz gemäß § 22 BSHG.

Voll erwerbsgeminderte Personen

Hierbei handelt es sich um volljährige Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Sie sind im Sinne des § 43 Abs. 2 des Sechsten Buches SGB dauerhaft voll erwerbsgemindert.

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden (genau Null)

Abkürzungen

HLU laufende Hilfe zum Lebensunterhalt
SGB Sozialgesetzbuch

**1. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12. der Jahre 2003 und 2004
nach ausgewählten Merkmalen**

Merkmal	2003	2004
Empfänger insgesamt	7 902	8 765
und zwar		
außerhalb von Einrichtungen	4 889	5 511
in Einrichtungen	3 013	3 254
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren		
zusammen	4 642	5 371
davon		
18 - 21	365	443
21 - 25	745	878
25 - 30	536	765
30 - 40	898	989
40 - 50	834	924
50 - 60	797	882
60 - 65	467	490
Personen im Alter von 65 und mehr Jahren		
zusammen	3 260	3 394
davon		
65 - 70	1 073	1 220
70 - 75	704	696
75 - 80	566	565
80 - 85	420	445
85 - 90	210	177
90 - 95	194	204
95 und mehr	93	87
männlich	3 579	4 111
weiblich	4 323	4 654
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR		
Bruttobedarf	505	505
Regelsatz ¹⁾	288	288
anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	189	187
übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	4	6
Mehrbedarf	24	24
angerechnetes Einkommen	300	282
Nettoanspruch	205	222

1) zuzüglich der Pauschale von 15 Prozent

2. Ausgaben und Einnahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung 2003 und 2004

Merkmal	Einheit	2003	2004
Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung ohne Gutachterkosten	1000 EUR	16 311	23 075
davon			
außerhalb von Einrichtungen	1000 EUR	9 785	13 300
in Einrichtungen	1000 EUR	6 526	9 775
Einnahmen der Grundsicherung	1000 EUR	563	889
Reine Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung ohne Gutachterkosten	1000 EUR	15 748	22 186
Ausgaben für abgeschlossene Gutachten	1000 EUR	75	97
Abgeschlossene Gutachten	Anzahl	405	498

3. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach Geschlecht, Unterbringungsart und Altersgruppen

Unterbringungsart Alter von ... bis unter ... Jahren	Empfänger		Davon	
	insgesamt	darunter Ausländer	männlich	weiblich

Insgesamt

Insgesamt	8 765	212	4 111	4 654
davon				
außerhalb von Einrichtungen	5 511	204	2 464	3 047
in Einrichtungen	3 254	8	1 647	1 607
nachrichtlich:				
Durchschnittsalter in Jahren	52,0	68,5	45,0	58,1

voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren

18 - 21	443	1	247	196
21 - 25	878	-	515	363
25 - 30	765	1	435	330
30 - 40	989	5	615	374
40 - 50	924	7	593	331
50 - 60	882	5	513	369
60 - 65	490	3	259	231
Zusammen	5 371	22	3 177	2 194

Personen im Alter von 65 und mehr Jahren

65 - 70	1 220	106	511	709
70 - 75	696	29	233	463
75 - 80	565	37	124	441
80 - 85	445	10	41	404
85 - 90	177	3	10	167
90 - 95	204	3	10	194
95 und mehr	87	2	5	82
Zusammen	3 394	190	934	2 460

4. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach Geschlecht und Ursache der Leistungsgewährung

Ursache der Leistungsgewährung ¹⁾	Empfänger		Davon	
	insgesamt	darunter Ausländer	männlich	weiblich
Insgesamt				
Überleitung aus der Sozialhilfe (HLU)				
ohne vorherigen Unterhaltsrückgriff	2 130	146	984	1 146
mit vorherigem Unterhaltsrückgriff	40	-	21	19
Wegfall von Erwerbseinkommen/Lohn- ersatzleistungen des Empfängers	34	-	20	14
Wegfall/Einschränkung einer finanziellen Absicherung durch den Partner	20	-	6	14
Wegfall von Unterhaltsleistungen der Kinder und/oder Eltern des Empfängers	168	-	102	66
Wegfall anderer Einkommen	57	1	27	30
Erhöhter Ausgabenbedarf	312	11	142	170
Keine der genannten Ursachen	6 023	55	2 818	3 205
Insgesamt ²⁾	8 765	212	4 111	4 654
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren				
Überleitung aus der Sozialhilfe (HLU)				
ohne vorherigen Unterhaltsrückgriff	1 074	17	663	411
mit vorherigem Unterhaltsrückgriff	31	-	18	13
Wegfall von Erwerbseinkommen/Lohn- ersatzleistungen des Empfängers	25	-	16	9
Wegfall/Einschränkung einer finanziellen Absicherung durch den Partner	11	-	4	7
Wegfall von Unterhaltsleistungen der Kinder und/oder Eltern des Empfängers	163	-	101	62
Wegfall anderer Einkommen	35	-	20	15
Erhöhter Ausgabenbedarf	176	1	109	67
Keine der genannten Ursachen	3 869	4	2 252	1 617
Zusammen ²⁾	5 371	22	3 177	2 194
Personen im Alter von 65 und mehr Jahren				
Überleitung aus der Sozialhilfe (HLU)				
ohne vorherigen Unterhaltsrückgriff	1 056	129	321	735
mit vorherigem Unterhaltsrückgriff	9	-	3	6
Wegfall von Erwerbseinkommen/Lohn- ersatzleistungen des Empfängers	9	-	4	5
Wegfall/Einschränkung einer finanziellen Absicherung durch den Partner	9	-	2	7
Wegfall von Unterhaltsleistungen der Kinder und/oder Eltern des Empfängers	5	-	1	4
Wegfall anderer Einkommen	22	1	7	15
Erhöhter Ausgabenbedarf	136	10	33	103
Keine der genannten Ursachen	2 154	51	566	1 588
Zusammen ²⁾	3 394	190	934	2 460

1) Je Person sind Mehrfachnennungen möglich. - 2) ohne Mehrfachzählung

**5. Durchschnittliche monatliche Zahlbeträge an Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung
am 31.12.2004 nach Geschlecht und Art der Zahlbeträge**

Zahlbetrag	Empfänger		Davon	
	insgesamt	darunter Ausländer	männlich	weiblich
	EUR pro Monat			

Insgesamt

Durchschnittlich(er)				
Bruttobedarf	505	469	501	508
Regelsatz ¹⁾	288	299	285	290
anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	187	152	181	192
übernommene Kranken- und Pflege- versicherungsbeiträge	6	11	7	4
Mehrbedarf	24	7	27	22
angerechnetes Einkommen	282	99	258	304
Nettoanspruch	222	370	243	204

voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren

Durchschnittlich(er)				
Bruttobedarf	499	529	501	497
Regelsatz ¹⁾	282	299	282	281
anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	180	189	180	179
übernommene Kranken- und Pflege- versicherungsbeiträge	6	17	7	4
Mehrbedarf	32	25	32	32
angerechnetes Einkommen	264	177	259	272
Nettoanspruch	235	352	242	225

Personen im Alter von 65 und mehr Jahren

Durchschnittlich(er)				
Bruttobedarf	513	462	499	518
Regelsatz ¹⁾	297	299	295	298
anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	198	148	184	203
übernommene Kranken- und Pflege- versicherungsbeiträge	5	10	6	5
Mehrbedarf	12	5	13	12
angerechnetes Einkommen	311	90	253	333
Nettoanspruch	202	372	246	185

1) zuzüglich der Pauschale von 15 Prozent

6. Empfänger von bedarfsorientierter Grundsicherung am 31.12.2004 nach ausgewählten Merkmalen und Kreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Empfänger insgesamt	Davon				Durchschnitt- licher monatlicher Nettoanspruch EUR
		voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren		Personen im Alter von 65 und mehr Jahren		
	Anzahl	je 1000 der Bevölkerung ¹⁾	Anzahl	je 1000 der Bevölkerung ²⁾		
Stadt Erfurt	1 048	508	3,7	540	14,6	249
Stadt Gera	398	257	3,7	141	6,3	188
Stadt Jena	369	203	2,9	166	9,4	247
Stadt Suhl	190	138	4,7	52	6,0	261
Stadt Weimar	289	156	3,6	133	11,1	205
Stadt Eisenach	211	139	4,9	72	7,5	184
Eichsfeld	393	211	2,9	182	9,7	207
Nordhausen	501	321	5,3	180	9,2	230
Wartburgkreis	597	411	4,5	186	6,8	242
Unstrut-Hainich-Kreis	490	290	3,9	200	8,9	196
Kyffhäuserkreis	349	227	3,9	122	6,6	227
Schmalkalden-Meiningen	359	219	2,4	140	5,0	191
Gotha	431	241	2,6	190	6,7	244
Sömmerda	236	168	3,2	68	4,9	191
Hildburghausen	177	117	2,5	60	4,4	221
Ilm-Kreis	452	251	3,2	201	8,6	215
Weimarer Land	301	207	3,5	94	6,0	222
Sonneberg	211	130	3,1	81	5,7	258
Saalfeld-Rudolstadt	426	286	3,5	140	5,0	210
Saale-Holzland-Kreis	316	205	3,4	111	6,5	224
Saale-Orla-Kreis	295	193	3,2	102	5,1	195
Greiz	365	268	3,5	97	3,8	199
Altenburger Land	361	225	3,3	136	5,6	250
Thüringen	8 765	5 371	3,5	3 394	7,3	222

1) im Alter von 18 bis unter 65 Jahren - 2) im Alter von 65 und mehr Jahren